

Impulsprogramme – finanziert durch den Staat – verpuffen wirkungslos

Eine sozialistische Forderung

Die Menschen in der Schweiz erreichen seit Jahrzehnten ein immer höheres Alter. Ebenfalls seit bald vierzig Jahren kommen immer weniger Kinder in unserer Gesellschaft zur Welt. Dies fördert zwangsläufig ein Überaltern unserer Gesellschaft und treibt die damit verbundenen Gesundheits- und Sozialkosten frappant in die Höhe. Politisch wird dieses heisse Eisen, die Entwicklung der Demografie, zwar ansatzweise von den politischen Parteien thematisiert. Wirksame Lösungen zur langfristigen Korrektur der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Eskalation gibt es aber kaum. Eine davon, ist die alte Leier und urlinke sozialistische Forderung nach staatlichen Einrichtungen für die Erziehung unserer Kinder. Neuerdings halten diese Einrichtungen für weitere urlinke Anliegen her – die Quotenförderung der Frauen in der Berufswelt. Zurzeit sind berufswillige Frauen, welche aus Sicht der Linken in die Berufswelt gehören und somit Kinder haben sollten. Akademikerinnen sollen ebenfalls etwas zur Verbesserung unserer gesellschaftlichen Entwicklung beitragen.

Von Claudio Schmid, Kantonsrat,
8180 Bülach

Die Hauptprotagonistin der Kinderkrippenzunft, Nationalrätin Jacqueline Fehr, fordert regelmässig seit Jahren im Einklang und unterstützt durch verschiedene Parteien, Verbände und Gremien öffentliche Gelder für flächendeckende Kinderbetreuungshorte. Ihre politische Mission ist im Jahr 2002 mit einem Begehren im Eidgenössischen Parlament in Erfüllung gegangen. Ihre eingereichte Motion erklärten die Räte für erheblich und bewilligten somit 200 Mio. Franken als Anstossfinanzierung.

Woran liegt es nun, dass die Regierung beim Vollzug dieses Gesetzes derart gegen den Willen der Linken zögert? Sind es die schlechten Bundesfinanzen? Sind es die Aufgabenverzichtsplanungen? Laufende Sanierungspakete? Oder könnte es daran liegen, dass diese Utopie – Kindererziehung durch den Staat – nicht die gewünschten Resultate erzielt? Ist es möglich, dass durch das Scheitern der Erziehung durch den Staat jetzt die Zielgruppe solcher potenziellen Klienten umgelenkt wird zu den berufstätigen Frauen? Ursprünglich war es eine sozialistische Utopie, vor bald 40 Jahren.

Gebildete Mütter beanspruchen und benötigen – so die Lösung – Hortplätze und Krippen um, ihre Kinder werktags zu versorgen. Rein theoretisch ist diese Idee verfänglich und interessant. In der Praxis, und dies ist seit geraumer Zeit bekannt, funktioniert dieses Gesellschaftsbild kaum. Je mehr gebildete Frauen in der Berufswelt verschwinden, desto weniger Kinder entstehen. Um die in der westlichen Hemisphäre von der Kinderlosigkeit von durchschnittlich



Claudio Schmid

1,4 Kindern zu befreien, braucht es doppelt so viele in der Anzahl. Paare mit Kinderwunsch sollten drei, vier oder fünf Kinder zeugen. Es stellt sich dann die Frage, ob Paare mit zahlreichen Kindern überhaupt die Energie und Zeit aufwenden, neben der wichtigen Arbeit der Erziehung noch Doppelverdiener zu sein und das Leben zu meistern.

Dass junge Paare den Fünfer und das Weggli wünschen, beruflich erfolgreich sein, sich in der Gesellschaft engagieren und dazu noch eine moderne Partnerschaft mit vielen Kindern wollen, ist ein schöner Gedanke. Leider zeigt die Entwicklung der letzten Jahre das Gegenteil. Moderne Paare, beruflich erfolgreich, meiden tendenziell den Kinderwunsch. An diesem Prinzip können auch zehnmal mehr Geld und Einrichtungen nichts ändern. Kinderkrippen verkommen letztendlich zu einer weiteren sozialen Institution, welche überhaupt nichts gegen den Kinderschwund beiträgt. Diese Hoffnung und dieses Ziel erfüllte sich nicht. Junge Paare,

beide berufstätig, wollen in erster Linie Beruf, Geld, Business, Sport, viel Freizeit, aber kaum die Mühsal von vier bis fünf Kindern.

Der ausufernde Sozialstaat ist das eigentliche Problem

Wo liegt die Ursache des Nicht-mehr-Kinder-Wollens? Sind es die damit verbundenen hohen Auslagen und Opportunitätskosten?

Das Kernproblem liegt in der seit Jahrzehnten falsch ausgerichteten Sozialpolitik. Die Ausrichtung und Problembekämpfung mit der Giesskanne bei «working poor», bei Minderheiten und sämtlichen Randgruppen zielt in die falsche Richtung. Seit Jahrzehnten wächst der Staat, am stärksten in der sozialen Wohlfahrt. Die anfallenden Kosten finanziert der Staat mit der Kreditkarte späterer Generationen. Immer mehr pseudo-soziale Einrichtungen wuchern und machen den ganzen Apparat zu einem immer unüberblickbareren, gefräßigen Monster. Bald ist in der Schweiz jeder Einwohner gegen alles und jedes versichert und versorgt. Der Wohlfahrtsstaat sorgt für sämtliche Ansprüche und Möglichkeiten, auf Pump.

Was wäre zu tun?

Im Grunde genommen gibt es zwei Lösungsansätze: Entweder wir öffnen die Immigrationschleuse für Ausländer aus Osteuropa massiv und kurbeln das Bevölkerungswachstum an. Eine weitere Lösung wäre, unseren Sozialstaat vollständig zu zerlegen und sämtliche Bereiche zu redimensionieren. Einen eigentlichen Kahlschlag durchführen, den Geldhahn zudrehen und nichts mehr wird bezahlt. Fahren wir weiter wie

bisher, kommt der Tag des definitiven Kollapses. Um nicht an diesen Punkt zu gelangen, wäre es höchste Zeit aufzuhören, auf Kredit nächster Generationen zu konsumieren. Die Selbstverantwortung und Eigenständigkeit der Bürgerinnen und Bürgern muss langfristig angestrebt werden.

Fazit

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass in den kommenden Jahren, trotz des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs, die Probleme bei der Überalterung, beim medizinischen Fortschritt und den damit verbundenen Kostenexplosion im Gesundheitswesen wie auch der Sozialkosten derart stark zunehmen, dass in naher Zukunft radikale Lösungsansätze zur Stabilisierung unserer Bevölkerungsentwicklung erforderlich sind. Eine Schocktherapie durch ein umfassendes Zerlegen und Neudefinieren unseres sozialen Systems machen unumgänglich. Anreize für die Familien sollen dahingehend gesteuert werden, dass kinderreiche Paare steuerlich begünstigt werden.

Mit dem seit Jahren betriebenen Outsourcing der Kinderbetreuung- und Erziehung in der Schweiz verursacht man letzten Endes immer wieder neue soziale Probleme und Kosten. Verkauft werden diese Begehren ohne Skrupel mit den gängigen Formeln Service Public, Solidarität und soziales Engagement.

Die Tagesschulen, Kinderhorte und ähnliche soziale Einrichtungen werden institutionalisiert, fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Das avisierte Ziel, das Auslösen eines Babybooms, wird damit nicht erreicht.